

17.09.2014 – PM 76/2014

Drohende Altersarmut

IG BAU fordert Stabilisierung des Rentenniveaus

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Regierungsparteien auf, die Renten langfristig auf dem jetzigen Niveau zu stabilisieren. „Die Regierung muss dafür sorgen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, am Ende nicht in Altersarmut abrutschen. Dieser Verantwortung muss sich auch Unions-Fraktionschef Volker Kauder stellen. Er versucht, sinkende Rentenbeiträge als Automatismus darzustellen. Das ist der untaugliche Versuch, die Diskussion über eine demografiefeste Rente zu verhindern“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Selbst die nicht der Sozialromantik verdächtige OECD warnt inzwischen vor einer erheblichen Altersarmut in Deutschland. Heute auflaufende Rücklagen der Rentenversicherung dürfen deshalb nicht leichtfertig verpulvert werden. Die Politik muss beim Thema Rente langfristig denken und eine Demografie-Reserve aufbauen.“

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) könnten die Rücklagen der Rentenversicherung soweit anwachsen, dass der Beitragssatz im kommenden Jahr von derzeit 18,9 auf 18,3 Prozent des Bruttolohns gesenkt werden könnte. Die Wirtschaft hat daran ein großes Interesse, weil die Hälfte des Rentenbeitrags vom Arbeitgeber gezahlt wird. Für Unternehmen mit vielen Mitarbeitern summieren sich die Einsparungen auf beträchtliche Summen. Arbeitnehmern bringt eine Senkung von 0,6 Prozent jedoch nur wenige Euro im Monat. „Die Beschäftigten wissen genau, dass es ihnen nichts bringt, heute den Gegenwert einer Pizza mehr im Portemonnaie zu haben und dafür im Alter mit einer Rente klarkommen zu müssen, die knapp über dem Grundsicherungsniveau liegt“, sagte Feiger. „Wir haben nicht zuletzt in der Finanzkrise erlebt, dass die gesetzliche Rente die stabilste Säule der Altersvorsorge ist. Dabei muss es bleiben. Wer sich dem mit Verweis auf Gesetze verweigert, hat deren Aufgabe nicht verstanden. Gesetze können geändert werden. Sie müssen sogar geändert werden, wenn dadurch ein Schaden wie Altersarmut von einem großen Teil der Menschen in Deutschland abgewendet wird.“

(2083 Zeichen)